



# Freistaat Preußen

Administrative Regierung und  
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten  
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m  
[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)

an  
die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten von Amerika, restitutive alliierte  
Hauptbesatzermächte des Zweiten Weltkriegs

## Wiederherstellung der inneren Sicherheit Deutschlands

Werter Herr Präsident der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Putin,  
werter Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Trump,

die öffentliche Regionalpresse berichtet täglich in Deutschland über Gewalttaten wie  
Vergewaltigungen, Messerstechereien, Einbruch, Diebstahl, Mord und Totschlag.

In den Großstädten kommt es zu Mietpreissteigerungen, sodaß die einheimische Bevölkerung  
die Mieten nicht mehr bezahlen kann und die Immobilien durch die Bundesrepublik Deutschland  
(BRD) oftmals an ausländische Investoren verkauft werden.

Es entstehen zunehmend Wohnviertel mit der Bezeichnung „No-Go-Zonen“, in denen sich  
ausländische Familienclans organisieren und die Kontrolle über diese Viertel übernehmen, ohne  
daß das Gewaltmonopol der Bundesrepublik Deutschland eingreift.

Statt dessen geht das BRD-Gewaltmonopol mit selbst kreierten Verwaltungsvollstreckungs-  
verfahren, dem Codewort „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ immer häufiger gegen die  
einheimische Bevölkerung vor und terrorisiert Menschen, um die Verfahren für Plünderungen zu  
legalisieren, um einzuschüchtern und um Angst und Schrecken zu verbreiten.

*„In Deutschland werden zahlreiche Fälle mutmaßlicher Polizei-Gewalt zur Anzeige gebracht,  
aber nur in einem Bruchteil der Fälle wird auch Anklage erhoben. Zu diesem Ergebnis kommt  
eine Auswertung der Uni Bochum und des ARD–Politmagazins Report Mainz.“*

(Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/monitor-polizeigewalt-103.html> vom 24. Juli 2018 15:14 Uhr)

Seit dem Jahre 1990, seit der s.g. Wiedervereinigung arbeitet die Bundesrepublik Deutschland  
gezielt an der Destabilisierung der Inneren Sicherheit.

Besonders auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (DDR) zerstörte die BRD  
innerhalb kürzester Zeit alle bis dahin nach preußischem Recht bestehenden Strukturen der  
kommunalen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. Die BRD zerstörte umgehend dort  
zielstrebig nahezu die gesamte Industrie und Landwirtschaft und machte mindestens 70 % der  
ehemaligen DDR-Bevölkerung arbeitslos. Einer Vielzahl der davon betroffenen Menschen gelang  
es bis heute nicht, sich wieder stabil in die Gesellschaft einzubinden und lebt am Rande des  
Existenzminimums.

In Deutschland regieren Kräfte/fremde Mächte, welche letztendlich die Vollendung des Völkermords an den indigenen deutschen Völkern zum Ziel haben.

*„Als Sammelbegriff bezeichnet "innere Sicherheit" (i.S.) eine Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten, die auf das Ziel gerichtet sind, den Staat und seine Bürger vor Bestrebungen zu schützen, welche die Sicherheit, Stabilität und Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, die rechtliche, politische, ökonomische und soziale Ordnung eines Staates sowie den Einzelnen als Träger von Bürger- und Menschenrechten gefährden.“*

(URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202039/inneresicherheit>  
Pfad: Nachschlagen / Lexika / Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland / Innere Sicherheit)

Bereits am 16. Dezember 2014 berichtete die „sueddeutsche.de“ im Vorfeld auf die geplante illegale Masseneinwanderung über Äußerungen des damaligen Bundesjustizministers Heiko Maas:

**„Es gibt kein Grundrecht auf innere Sicherheit“**

**„In unserem Grundgesetz steht ein solches Grundrecht auf innere Sicherheit nicht** (<https://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-von-heiko-maas-mit-uns-kann-man-nicht-umgehen-wie-mit-der-fdp-1.2266780>)

Da die Bundesrepublik Deutschland (BRD) hier in Europa kein Staat ist, sondern bis zum 27. April 2018 die von den alliierten westlichen Besatzermächten eingesetzte Verwaltung gemäß Artikel 133 des von den Alliierten genehmigten Besatzungsgesetzes „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ (GG) vom 23. Mai 1949 war, hatte die BRD selbst i.S. eines Staates auch das Grundrecht auf innere Sicherheit nicht zu garantieren. Dennoch war die BRD gemäß der

### **Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges**

vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 107) Haager Landkriegsordnung, für das Deutsche Reich in Kraft getreten am 26.01.1910 (Bek. v. 25.01.1910, RGBl. II S. 375), Stand der Vertragsparteien und ihrer Vorbehalte: Siehe Fundstellennachweis B zum BGBl., abgeschlossen am 31.12. jedes Jahres.

2. Intern. Quelle: Martens, NRG (3e série), Bd. 3. S. 461. Für das Dt. Reich in Kraft getr. am 26.01.1910 (Bek. v. 25.01.1910, RGBl. II S. 375). (HLKO)

verpflichtet, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten!

Art. 43. [Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung]

Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Art. 46. [Schutz des Einzelnen und des Privateigentums]

Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Art. 47. [Plünderungsverbot]

Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Art. 48. [Erhebung von Abgaben]

Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der besetzten Gebiets in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.

## Art. 55. [Besetzerstaat als Verwalter und Nutznießer]

Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

Seit dem 27. April 2018, mit dem durch Frau Bundeskanzlerin Merkel öffentlich und international erklärten Ende der Nachkriegsordnung, usurpiert die BRD das Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen völkerrechtswidrig zur Durchsetzung ihrer globalen privaten Banken- und Wirtschaftsinteressen.

Um die bereits in hohem Maße über mehr als 100 Jahre im Kriegs- und Besatzungsstatus verbrauchte Arbeitskraft des geplünderten und geschädigten, indigenen und autochthonen Volkes der Preußen zu ersetzen, betreibt die BRD gezielt eine illegale Integrationspolitik unter Mißachtung der nationalen Gesetze Preußens und Deutschlands, unter gezielter Destabilisierung der inneren Sicherheit und unter vorsätzlichen Völkermord im Interesse fremder Mächte und NGO's!

**Daher ersuchen wir dringende Hilfeleistung (1.)** durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch die Russische Föderation in Erfüllung der Restitutionspflicht gemäß § 185 Völkerrecht, zur strafrechtlichen Verfolgung der zu ermittelnden Täter in den Reihen der Bundesregierung und der BRD-Landesregierungen, der Kreisverwaltungen, der Stadt- und Gemeindeverwaltungen, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der POLIZEI und der Zollämter, die für die Destabilisierung der inneren Ordnung und Sicherheit auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen hauptverantwortlich sind.

**Wir fordern (2.)** den sofortigen Stopp der illegalen Einwanderung in das Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen und die Rückführung bereits illegal eingewanderter Ausländer in ihre Heimatstaaten!

**Wir fordern (3.)** die sofortige Umsetzung des rechtskräftigen Urteils des Staatsgerichtshofes in Leipzig vom 25. Oktober 1932 zur Wiederherstellung des Freistaats Preußen mit seinen staatlichen Verwaltungsstrukturen und seinen staatlichen Hoheitsbefugnissen sowie die Übergabe des gesamten Gewaltmonopols der BRD auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen und des gesamten Staatsvermögens an das preußische Volk, stellvertretend an die administrative Regierung des Freistaats Preußen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung sowie zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit, um den Staat Freistaat Preußen und seine Staatsangehörigen vor Bestrebungen zu schützen, welche die Wiederherstellung der Sicherheit, der Stabilität und der Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, die rechtliche, politische, ökonomische und soziale Ordnung des Freistaats Preußen sowie den Einzelnen als Träger von Menschenrechten gefährden!

Nach der mündlichen Verhandlung vom 10., 14. und 17. Oktober 1932 fällt der Staatsgerichtshof in Leipzig am 25. Oktober 1932 (RGZ 138, Anhang S. 1 bis 43) die Entscheidung:

*Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern **vorübergehend** Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen. **Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.***

Dieses völkerrechtswidrige Verhalten ist nun, nach dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018, zu heilen, denn die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen verzichten nicht auf ihre Bodenrechte und auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Sie verzichten nicht auf ihren Staat Freistaat Preußen! – ius cogens –

Die Bundesrepublik Deutschland, welche nicht gewillt ist, Garant für die innere Sicherheit zu sein, wird durch die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen im Gebietsstand vom 30. Juli 1914 als neuer Staat nicht anerkannt!

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU): Handelsblatt 05.04.2018 10:00Uhr (Anlage 1)

**„Vertrauen ging massiv mit der Flüchtlingsfrage verloren, aber nicht nur. Die Aufgabe des Staates ist es, für Recht und Ordnung zu sorgen. Diese Handlungsfähigkeit war in den letzten Jahren oft nicht mehr ausreichend gegeben.“**

**„Die deutsche Verwaltung funktioniert sehr effizient, wenn es darum geht, Steuerbescheide zuzustellen. [Anmerkung: basierend auf Schätzungen oftmals weit über den tatsächlichen Einnahmen mit gewaltsamen Vollstreckungen in Form von Plünderungen und Inhaftierungen durch die sich in Selbstjustiz übende POLIZEI, ohne richterliche Beschlüsse] Bei Drogendealern, die von der Polizei zum zwanzigsten Mal erwischt werden, scheinen die Behörden aber oft ohnmächtig,“ [...]**

Als Beispiel nennt Spahn Arbeiterviertel in  
**„Essen, Duisburg oder Berlin“.**

**„Da entsteht der Eindruck, dass der Staat gar nicht mehr willens oder in der Lage sei, Recht durchzusetzen.“**

(Quelle: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/innere-sicherheit-minister-spahn-prangert-die-machlosigkeit-des-deutschen-rechtsstaats-an/21143594.html?ticket=ST-5599835-RmdkoAM1ShYS4qdYka7H-ap>)

Der Fantasiestaat „Bundesrepublik Deutschland“ auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen usurpiert völkerrechtswidrig den Freistaat Preußen, der als völkerrechtlich legitimer Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen auf eine Jahrtausend lange Geschichte verweisen kann. Der Fantasiestaat „Bundesrepublik Deutschland“ auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen weigert sich, den Weg zur Umsetzung des Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig vom 25. Oktober 1932 zur Wiederherstellung der staatlichen Strukturen des Freistaats Preußen freizugeben unter Missachtung des Völkervertragsrechts und der Gesetze des Freistaats Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor der völkerrechtswidrigen gewaltsamen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik / Drittes Reich.

Anlage 1 – Handelsblatt 04.05.2018 / „Jens Spahn prangert Machtlosigkeit des deutschen Rechtsstaats an“; Seite 2 und 3 von 13

Gegeben zu Berlin, am 24. Juli 2018

Hochachtungsvoll



Ada Comila  
a. d. T.  
Friedrich



Jens Spahn

„Es entsteht der Eindruck, dass der Staat gar nicht mehr willens oder in der Lage sei, Recht durchzusetzen.“  
(Foto: AFP)

ANZEIGE

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kritisiert in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung den deutschen Rechtsstaat scharf. „Vertrauen ging massiv mit der Flüchtlingsfrage verloren, aber nicht nur. Die Aufgabe des Staates ist es, für Recht und Ordnung zu sorgen. Diese Handlungsfähigkeit war in den letzten Jahren oft nicht mehr ausreichend gegeben“, antwortet er auf die Frage, ob die Regierung Vertrauen eingebüßt habe.

Das würde die innere Sicherheit in Deutschland gefährden. Er verdeutlichte aber auch, dass die Flüchtlinge zwar das Problem verschärft hätten, aber nicht die Ursache seien. Für ihn gehörten Muslime zu Deutschland. Darüber hatte es zuvor

innerhalb der Union einen offenen Streit gegeben.

Vielmehr sei ihm daran gelegen, dass Verwaltung und Polizei gut ausgestattet seien und funktionieren: „Die deutsche Verwaltung funktioniert sehr effizient, wenn es darum geht, Steuerbescheide zuzustellen. Bei Drogendealern, die von der Polizei zum zwanzigsten Mal erwischt werden, scheinen die Behörden aber oft ohnmächtig“, heißt es weiter.



ISLAM-DEBATTE

**Horst Seehofer knöpft sich im Islamstreit die SPD und seine Kritiker vor**

Als Beispiel nennt Spahn Arbeiterviertel in „Essen, Duisburg oder Berlin“. „Da entsteht der Eindruck, dass der Staat gar nicht mehr willens oder in der Lage sei, Recht durchzusetzen.“

ANZEIGE



**Fax, Letzte Übertragung** PAGE . 001/001  
25.07.2018 15:19

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 921  
 Empfangsdatum und -zeit 25.07.2018 15:06  
 Starten /Fertigst. 25.07.2018 15:06 /25.07.2018 15:19  
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
921	25.07	15:06	Send	0074956060766	03:25	008/008	OK RY
921	25.07	15:11	Send	0302299397	03:14	008/008	OK RY
921	25.07	15:15	Send	03083051050	03:25	008/008	OK US

